

reichen, sowie
 oft sofort bei
 tee.
 Preis.
 en größeren Posten
 fe.
 00 Pf., 1.20 M.,
 50, 75 Pf.
 en,
 l. Häubchen
 Preis.
 der,
 Lichtenstein.

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Mendörfel, Ortmannsdorf, Wälfen St. Nicola, St. Jakob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülfen, Kubichnappel und Lirichheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 175.

Verapredch-Wachstuh:
 Nr. 7.

Sonnabend, den 30. Juli

Telegrammadresse:
 Tageblatt. 1904.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag, Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwaidauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

och
 397. =

irme
 eiten,
 billigen Preise n.
 Gallberg.

bücher
 Tageblatt-Druckerei.

reib- u.
 er-Tinte

n Preislagen
 empfiehlt
 Pils, Buchbinderei.

ramm-
 Schablonen

enen Ausführungen
 empfiehlt
 nuns Buchhandlung.



Anzeigen
 onal-Gesuche
 len-Gesuche
 und Verkäufe
 anstaltungen sowie
 oen jeder Art
 besorgt
 n und billigsten die
 Annoncen-Expedition
 stein & Vogler A. G.
 Chemnitz
 4/5, 1 Fernsprecher 208
 für Lichtenstein
 mann, Drogerie.

Zeichen und Wunder am wirtschaftlichen Himmel.

In der Erkenntnis der wirtschaftlichen Dinge in Deutschland zeigen sich manchmal Zeichen und Wunder. Diese Tatsache wird schlagend durch zwei seltsame Erscheinungen bewiesen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schippel führt ungefähr in seinem Veborgan aus, daß der „Zollwucher“ eine Fabel, eine nichtssagende Redensart sei, denn trotz der angeblich so hohen Schutzölle sanken in Deutschland die Preise für die meisten Waren immer tiefer, zumal für das Getreide, und wenn er, Schippel, nicht Sozialdemokrat sei, so würde er Agrarier sein. Das ist aus dem Munde eines sozialdemokratischen Führers eine Sprache, die an Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nichts zu wünschen übrig läßt. Allerdings sind die Schutzölle Schippels Ideal nicht, sondern er spricht von sozialistischen Heilmitteln gegenüber der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage. Was er aber unter diesen wirtschaftlichen Heilmitteln versteht, sagt er nicht klar, er erwähnt nur den gesellschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft. Da dieser Betrieb aber in weiter Ferne liegt, so müßten doch Schippel und seine Anhänger nun folgerichtig die Schutzölle als zeitweilige Abhilfemittel anerkennen. Schippels Meinung über die wirtschaftliche Lage wird nun allerdings nicht von allen Sozialdemokraten geteilt, aber er gibt den Gegnern scharfe Lektionen. So schreibt er, daß er in dem wirtschaftlichen Streite bis jetzt weiter nichts gehört habe, als unsinnige Denunziationen wegen angeblich mangelnder Gesinnungstüchtigkeit, und er kündigte darüber in der „Gemeiner Volksstimme“ persönliche Auseinandersetzungen an. Dann sagt er mit den Genossen noch eine bittere Wahrheit mit den Worten: Ihm sei es lediglich darauf angekommen, daß man die Kraft des Zusammenhalts zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen industriellem und agrarischem Unternehmertum nicht fernerhin maßlos unterschätze, was sich gelegentlich sehr bitter rächen könnte und sich wohl auch schon gerächt habe. Warum solle man als Sozialdemokrat nicht derartigen Gedanken nachgehen?

Wenn nun so von sozialdemokratischer Seite eine Erkenntnis der Notwendigkeit der Schutzölle für Deutschland und ein Verständnis für die Lage der Landwirte und Industriellen kommt, so erscheinen in einer Anzahl freihändlerisch gesinnten Zeitungen auf einmal Ausführungen, daß die Produktion in Deutschland schon wieder in einem Mißverhältnis zum Abfahse stehe. Es heißt in solchen Artikeln, daß die deutsche Kohlenindustrie eine mächtige Leberproduktion zeige. Wir fördern weit mehr Kohlen, wir produzieren weit mehr Koks, als wir verbrauchen können. In den Draht- und Drahtstiftwerken wirt eine nimmer rastende Produktion unübersehbare Mengen heraus. Die Emailherwerke häufen, trotz ausgebreiteter Verwendung menschlicher Arbeitskraft, unermüdblich Berge von Erzeugnissen auf. Ein eklatantes Beispiel für die starke Produktion bietet ferner die Kallindustrie. In der Eisen- und Stahlbranche, ferner in den anderen Zweigen der Metallindustrie, dann auch noch in der Maschinenindustrie und in der Elektro-Technik finden wir überall dieselben Erscheinungen der Leberproduktion. Und was den Getreidebau anbetrifft, so erzeugt eben die Gesamtlandwirtschaft der Welt auch eine Leberproduktion, wie das Sinken der Getreidepreise beweist. Da muß man doch fragen, ob die Herren Freihändler vielleicht in Deutschland die wirtschaftliche Lage dadurch bessern wollen, daß wir in Deutschland die Zölle ermäßigen oder aufheben, während das Ausland seine Zollmauern stehen läßt und den deutschen Markt mit seiner Leberproduktion überschwemmt? Die Leberproduktion der Güter ist eben seit Jahrzehnten infolge der hohen Entwicklung der Technik und der Verkehrsmittel eine schwere und dauernde Kalamität des ganzen Wirtschaftslebens geworden und zur Bekämpfung derselben ist der Freihandel ganz und gar

ungeeignet, zumal wenn denselben nur ein Staat einführen sollte, während die anderen Staaten an ihren Schutzölle festhalten. Die große gefährliche Leberproduktion hat ja auch schon zu den großen Produzenten- und Kapitalistervereinigungen, zu den Syndikaten und Trusten geführt, und alle diese Abhilfemittel wie auch die Schutzölle selbst werden von dem großen Gehege diktiert, das für Groß und Klein in allen Zweigen gilt und das da heißt: Der Kampf um das Dasein.

Der russisch-japanische Krieg.

Tokio, 29. Juli. Ueber die Einnahme von Jinkau und Tschitschiao fehlt noch die offizielle Bestätigung, aber sie scheint sicher zu sein. Kuropatkin soll an der linken Schulter verwundet worden sein.

Tokio, 29. Juli. Das Wladiwostok-Geschwader liegt noch immer in der Nähe von Tokio. Man ist um das Marineschul- und Uebungsschiff „Kotomokaru“ und auch wegen des Postschiffes „Korea“ besorgt. Mehrere Schiffe sind überfällig.

Politische Kundjayan.

Deutsches Reich.

* Berlin. „Wolffs Tel. Bureau“ meldet: Der neue deutsch-russische Handelsvertrag wurde gestern hier durch den Reichskanzler Grafen Bülow und den Präsidenten des russischen Ministerkomitees v. Witte unterzeichnet.

* In der Bewältigung des Aufstandes der Hereros in Deutsch-Südwestafrika ist auch in dieser Woche ein entscheidender Schritt nicht geschehen, doch sind von General v. Trotha die weiteren Vorbereitungen getroffen worden, um, wenn irgend möglich, die Hauptmacht der Hereros in den Waterbergen festzuhalten und zur Untermwerfung zu zwingen. Es kann aber auch noch zu großen Kämpfen kommen, da die Hereros noch 5000 gut bewaffnete Krieger stark sein sollen.

* Zum Fall Mirbach teilt die „B. Z.“ mit, daß der Pfarrer Diestelkamp in Berlin durch das Kabinett der Kaiserin im Jahre 1899 genau 60000 M. zur Regelung seiner Finanzen erhalten habe, die durch Verquickung mit allerhand verfehlten Unternehmungen arg in Unordnung geraten waren. Das Blatt meint, es unterliege keinem Zweifel, daß dies die 60000 M. sind, die Freiherr von Mirbach seiner Aussage am 15. Juni d. J. im Jahre 1899 von Kommerzienrat Schulz erhoben und gleich „an die Vereine“ weitergegeben hat.

* Gemäß dem Beschlusse des Bundesrates vom 23. Juni 1904 hat der Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren nunmehr den Bundesregierungen vorgelegt, der Resolution des Reichstages Folge zu geben und über den Umfang und die Art der Kinderbeschäftigung eine Aufnahme durch die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen unter Zugrundelegung eines einheitlichen Formulars am 15. November dieses Jahres stattfinden zu lassen. Die Erhebung soll sich auf diejenigen volksschulpflichtigen Kinder erstrecken, welche im Laufe des Jahres vom 15. November 1903 bis 14. November 1904 im Haushalt oder in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben gegen Lohn beschäftigt wurden.

* Kiel. Die Reichswehr hat neuerdings reichlich 400 Arbeiter entlassen oder ihnen gekündigt. Entlassungen von geringerem Umfange stehen noch bevor. Es ist eine dauernde Verminderung der Arbeiterzahl im Schiffsbaureffort beschlossen.

* Die Angelegenheiten mit Rußland haben auch in letzter Woche die politische Ruhe des Hochsommer unterbrochen. Auch Deutschland hatte sich in Petersburg wiederholt wegen der Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe durch die russische Freiwilligen-Flotte zu beschweren. Die russische Regierung hat aber eiligst die Beschwerde berücksichtigt und die festgenommenen Schiffe wieder freigegeben. Ob damit immer solche Streitfälle während der Dauer des russisch-japanischen Krieges beseitigt sind, ist freilich zu bezweifeln, da russische Kreuzerschiffe

nach immer auf solche Handelschiffe, die der Mitführung von Kontrebande verdächtig sind, fahnden.

* Die sanitären Verhältnisse in den preussischen Gefängnissen sollen nach der „Deutschen Med. Wochenschr.“ auf Anordnung des preussischen Justizministers bis zum 1. Oktober durch beamtete Aerzte untersucht werden. Insbesondere soll über die Wasserversorgung, Entfernungen der Abwässer und Abfälle, Beschäftigung der Gefangenen, Heizung und Beleuchtung dem Minister Bericht erstattet werden.

* Die Sozialdemokraten bereiten für den 7. August in Friedrichshagen bei Berlin ein sozialdemokratisches Riesenfängerfest vor. Auf die Anwesenheit von 100000 Genossen und Genossinnen wird bei diesem sozialdemokratischen Sängerefest gerechnet. Die Privatbesörderungsvereine treffen große Vorkehrungen, um diese Menschenmassen fortzuschaffen; auch die königliche Eisenbahnverwaltung will ein übriges tun, damit am 7. August alle Genossen und Genossinnen bequem nach Friedrichshagen zum sozialdemokratischen Riesenfängerfest hinkommen können. Sogar für viele Extrazüge ist gesorgt.

* Im Königsberger Geheimbunde prozeß haben nach der „National-Zeitung“ der Staatsanwalt und die Beurteilten Revision eingelegt.

* Der „B. A.“ schreibt zur Ermordung des russischen Ministers v. Plehwe u. a. folgendes: Ein arbeitsreicher und noch vielversprechendes Leben ist der Betarde des Meuchlers zum Opfer gefallen, der Mörder hat sich gegen den gewandt, der am wenigstens von asiatischer Härte an sich hatte. Ob der Mord eine Quittung auf den Königsberger Prozeß, ob er eine Bittentarte der Herren Wandelstamm und Genossen ist, das läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Zunächst vereinigt sich Europa in Trauer an der Bahre des Mannes, der in Erfüllung seiner Pflicht, in Ausübung eines oft unerquidlichen Dienstes sein Leben hinopfern mußte. Mag seine Politik hier und da Widerspruch gefunden und verdient haben, in dem stark korruptierten russischen Staatswesen war er eine der reinsten und einwandfreiesten Gestalten. Die Aufrichtigkeit seines Strebens gibt ihm auch bei uns Deutschen, obschon er uns nicht besonders geliebt hat, das Recht, nach dem Spruch behandelt zu werden: De mortuis nil nisi bene, man soll über Tote nicht feindselig reden.

* Zur Ermordung des russischen Ministers des Innern v. Plehwe schreibt das „B. Z.“ u. a.: Die erschütternde Kunde, die der Draht blitzschnell aus Petersburg in die Welt getragen, wird überall die peinlichste Erregung hervorrufen. Minister Plehwe durch einen Bombenwurf getötet! In den natürlichen Abscheu, den die gesittete Welt vor jeder Mordtat empfindet, mischt sich in diesem besonderen Falle die Empfindung, daß ein Aufschrei der gequälten Kreatur aus Hunderttausenden, ja aus Millionen Herzen die verderbliche Mordtat als einen Akt der immannten Gerechtigkeit erscheinen läßt. Denn in Plehwe verkörperte sich alles, was das Selbstherrschertum, wie es in Rußland geliebt wird, verabscheuenswert und verhaßt machte. Der so schmählich Hingemordete war der Vertreter eines Systems der Willkür, das sich mit den Anschauungen moderner Menschen in keiner Weise mehr versöhnen ließ. Es war das System der Beamtenkamorra, der polizeilichen Willkür, der Ungerechtigkeit und Härte, die vor nichts zurückschreckte, wenn es galt, die absolute Herrschergewalt, die im Namen des Zaren von einer Kaste geübt wurde, ungestört aufrecht zu erhalten.

* Die „deutsche Wacht“ schreibt: Plehwe, der einer jüdischen Familie entstammt und allgemein unbeliebt war, ist, wie sein Vorgänger Sypjagin das Opfer eines politischen Mordes geworden und die blutige Tat beweist, daß die russischen Verhältnisse auch im Innern einer Katastrophe zutreiben. Plehwe war Senator für Finnland im russischen Reichsrat, wo er die schärfsten Maßregeln